

Krisenalarm: EEÖ warnt vor Rückschritt bei der Energiewende!

EEÖ warnt vor Risiken bei der Energiewende. Es drohen Auftragsrückgänge und Ungleichbehandlung von Energiequellen.



Österreich - Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) äußert ernsthafte Bedenken über die aktuelle Budgetpolitik der Regierung, die in der Budgetrede von Finanzminister Marterbauer umrissen wurde. Laut **oekonews** könnte ein gefährlicher Kurswechsel bei der Energiewende drohen, der letztlich das Erreichen der Klima- und Energieziele gefährden könnte. Besonders besorgniserregend ist die Aussicht auf einen Rückgang der Installationen und somit auf einen potenziellen Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Sektor.

Die EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundnig weist darauf hin, dass die Energiewende erhebliches wirtschaftliches Potenzial birgt. Investitionen in Erneuerbare Energien schaffen

nicht nur Wertschöpfung, sondern generieren auch höhere Staatseinnahmen. Um die notwendigen Effekte zu erzielen, fordert der Verband stabile Bedingungen und eine langfristige Budgetierung für Förderaktionen wie die bereits entwickelte Initiative „Raus aus Öl und Gas“, die kürzlich aufgrund hoher Nachfrage vorzeitig erschöpft war.

Herausforderungen für die Energiewende

Ein dringliches Problem ist der bevorstehende Rückgang der Aufträge für Installationsbetriebe nach Sommer 2024, was zu Personalabbau und fehlenden Lehrlingen führen könnte. Laut **LBBW** stellen notwendige Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien eine Herausforderung dar, da sich deren Kosten oft erst nach langer Zeit amortisieren. Diese Verzögerungen behindern die Energiewende und erfordern politische Anreize.

Bund, Länder und Kommunen haben bereits diverse Energie-Förderprogramme initiiert, um energieeffiziente Maßnahmen zu unterstützen, die ohne staatliche Hilfe oft nicht wirtschaftlich tragfähig wären. Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEE) wird dabei als ein Beispiel genannt, das Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen dabei hilft, ihren Energiebedarf und die CO₂-Emissionen signifikant zu reduzieren.

Untätigkeit könnte Investitionen gefährden

Die EEÖ warnt, dass die Verlängerung des Energiekrisenbeitrags bis 2030 die Investitionen im Strombereich ins Stocken geraten lassen könnte. Der Energiekrisenbeitrag wird als wirtschaftlich destruktiv angesehen, da er insbesondere mittelständische Unternehmen belastet und die Ungleichbehandlung zwischen fossilen und erneuerbaren Energien kritisiert wird. Fossile Unternehmen würden weniger belastet, was dem Prinzip der Gerechtigkeit widerspricht.

Um die Energiewende tatsächlich voranzutreiben, wird eine faire

Evaluierung aller klimaschädlichen Subventionen gefordert. Auch eine Anpassung der Förderhöhe und ein modernes Wärmegesetz stehen zur Debatte. Darüber hinaus sollte ein offener Dialog über Budgetbeiträge der Energiewirtschaft initiiert werden, um investitionsfreundliche Lösungen zu finden.

EU-Unterstützung für saubere Energie

Der europäische Rahmen zur Förderung eines Übergangs zu einer Gesellschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen wird ebenfalls immer wichtiger. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, durch Investitionen in saubere Energie und die Förderung von Energieeffizienz zu wachsen und Innovationen zu stärken. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen soll nicht nur zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen beitragen, sondern auch die Lebensqualität der Bürger verbessern und Verbraucherrechte stärken, wie **die europäische Union** feststellt.

Der koordinierte Ansatz der EU soll substanzielle Ergebnisse im Kampf gegen den Klimawandel gewährleisten. Darüber hinaus werden internationale Zusammenarbeit und Finanzierungsmöglichkeiten bereitgestellt, um Unternehmen und Regionen bei Energieprojekten zu unterstützen.

Insgesamt steht die Energiewende vor zahlreichen Herausforderungen und erfordert ein starkes Bekenntnis von Seiten der Politik, um die notwendigen Investitionen und Reformen zu sichern, die für eine nachhaltige Zukunft unerlässlich sind.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• www2.oekonews.at • www.lbbw.de • european-union.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at